#1 | Pflegeazubis streiken fürs Streikrecht

Die Schulleitung sagt: Es wird nicht gestreikt. Die Azubis sagen: Aber sicher wird gestreikt! Und sie gingen nicht nur für ihren Lohn auf die Straße, sondern stellen klar: „Wir wollen nicht in den Lazaretten im Krieg der Reichen arbeiten." Wie zwei Pflege–Azubis und ihre Kollegen ihren Streik organisiert haben und welche Steine sie aus dem Weg räumen mussten hört ihr hier.

Hier das angesprochene Aktionsmaterial:

Das Streikrecht kann nur durch Streik erkämpft werden!

Mitte Februar war der erste große Warnstreik der Beschäftigten des öffentlichen Dienst – eine riesen Sache auch bei uns im Krankenhaus! Unter den Azubis machte sich eine kämpferische Stimmung breit. Doch da kam tatsächlich unsere Schulleitung um die Ecke und versuchte den Azubis in der Berufsschule das streiken zu verbieten – und das auf eine so perfide Art, dass es zum Himmel stinkt! Die Azubis hätten zwar die Möglichkeit bekommen bei der Streikkundgebung anwesend zu sein, dies aber lediglich in einer „Beobachterrolle“ und mit einem Arbeitsauftrag ausgestattet der unter anderem die dreiste Frage klären sollte: „Wieso haben Azubis kein offizielles Streikrecht?“

Doch wir haben uns das nicht bieten lassen! Zwei Tage vor dem Streik sind wir in jedes Klassenzimmer gegangen und haben den anderen Azubis klar gemacht, dass unser Recht auf Streik durch Streik entstanden ist und nur so weiter bestehen kann. Und dieser einfache Schritt führte dazu dass am Freitag 95% der Azubis in der Berufsschule streiken waren. Und was wir können könnt ihr schon lange! Schließt euch zusammen - Streiken heißt es selber machen und nicht auf eine Erlaubnis oder einen Aufruf warten, den Finger bricht man doch hart bleibt die Faust!

Zwei Azubis aus der Krankenpflege

Revolutionäre Front

Kontakt zur örtlichen Abteilung:
DerKampfGehtWeiter@mail.de

#2 | Gleiche Arbeit für gleichen Lohn! – Leiharbeit in der Auto–Industrie

Marlene, Arbeiterin und Vertrauensfrau in der Automobilindustrie, hat sich im Betrieb dafür eingesetzt, dass nicht noch mehr Ungleichheit zwischen Leiharbeitern und Festangestellten herrscht. Sie berichtet, wie sich eine kleine Aktion in ihrer Halle im ganzen Werk ausbreitet und warum das auch manchen im Betriebsratsbüro so gar nicht gefallen hat.

Hier das angesprochene Aktionsmaterial:

Vertrauensleute bei

Leih- & Stammbeschäftigte gemeinsam stark:

Inflationsausgleichsprämie jetzt auch für Leiharbeiter!

Trotz Equal-Pay erhalten Leiharbeiter*innen deutlich weniger Geld, weil sie keine tariflichen Sonderzahlungen erhalten. Die Inflation macht auch nicht vor Leiharbeiter*innen halt!

Wir sind eine Belegschaft und lassen uns nicht spalten:

Auch Leihbeschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie sollen 3000 Euro Inflationsausgleichsprämie bekommen, wie die Stammbeschäftigten.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich diese Forderung.

Vorname	Name	Abteilung	Unterschrift

#3 | Sonderfolge international: Klassenkampf in Dänemark

Der Kampf gegen den Krieg und Ausbeutung vereint die Jugend aller Länder. Auf dem Sommercamp der FDJ waren auch Genossen der Dänischen Kommunistischen Jugend (DKU). In dieser Folge berichten sie von der Lage der Jugend in Dänemark und ihren jüngsten Aktionen.

Hier das angesprochenen Links:

Weitere Infos zur Kampagne: https://peace-is-red.com/

Mehr Infos zur DKU: https://dku2021.org/

#4 | Bahn–Azubis für französische Verhältnisse

Ob in der Pflege, bei Metall oder bei der Bahn: Es gibt überall Kollegen, die mehr wollen als nur Lohnforderungen aufstellen. Zwei davon sind bei uns im Podcast zu Gast.

Sie sind Lehrlinge bei der Deutschen Bahn. Bei ihnen geht es um die Wiederverstaatlichung der Bahn, den Stopp von Waffentransporten und darum festzustellen, dass die Franzosen nicht einfach "anders gebaut" sind. Es liegt an unserer eigenen Tat, gemeinsam mit anderen Branchen zu streiken. Sie haben ihre Losungen als Schilder mit zum Warnstreik gebracht und berichten von ihren Erfahrungen.

Hier das angesprochene Material:

#5 | Berufsschul–Aktion gegen Abschiebungen

"Wer einen von uns angreift. greift und alle an!" steht auf einem Banner von Berufsschülern.
Sie demonstrieren über den Schulhof zum Direktorat und verlangen:
Der Rektor soll unterschreiben, dass an seiner Schule keine Abschiebungen zugelassen werden.
Wie es dazu kam, erzählt in dieser Folge einer, der als Berufsschüler selbst dabei war.

Hier das angesprochene Aktionsmaterial:

Link zu einem Interview mit Aktivisten von "Jugendaktion Bildung statt Abschiebung" aus Nürnberg (2018):

https://www.freie-radios.net/87281

ARBEITERJUGEND

Berufsschulflugblatt #39

Ein Anfang!

Knapp 100 Schüler, Berufsschüler und Kollegen von jung bis alt gingen letzten Freitag in Nürnberg auf die Straße. Nicht viel gemessen an der Größe, die wir brauchen, vielleicht noch nicht ausreichend, um eine Schule oder gar das Rathaus zu besetzen - aber doch ein Schritt weg davon, unseren Horizont in der eigenen Schule oder der eigenen Stadt enden zu lassen.
In der letzten *Arbeiterjugend* - es ging um das Desaster der Vertreter dieses Systems in Hamburg bei G20 - ging es darum, was wir der Gewalt des deutschen Staates entgegen zu setzen haben. „*Am Freitag (9. Juli) demonstrierten etwa 2.000 Schüler in Hamburg, die in den Streik traten - gegen diese G20 und die Gewalt des deutschen Staates. Jede noch so brutale Provokation der deutschen Gewalt blieb erfolglos. Die Schüler marschierten bis zum Schluss organisiert und geschlossen!*

Was fehlt, Kollegen, sind wir. Die Arbeiter aus den Betrieben. Ohne uns siegt die Gewalt des deutschen Staates. Mit uns und unserem Streik steht dieses Land still. Weil ihnen ihre Gewalt nichts mehr nützt.“

Es liegt heute an uns allein, den Kampf für unsere Klasse zu organisieren. Hunderte Kollegen sicherten uns in den letzten Wochen ihre Zustimmung zu, doch wollen sie warten auf die Großdemonstrationen „wenn mal 2000 oder mehr auf der Straße sind dann komm ich auch“.
Kollegen, Schüler, nur ihr könnt diese Aktionen zu Großdemonstrationen machen! Arsch hoch! Und raus auf die Straße!

In Nürnberg am Freitag sprachen u.a. Berufsschüler aus München, Nürnberg und Regensburg. Zwei Vertreter der verdi-Jugend ergriffen zum Abschluss vor dem Gewerkschaftshaus ebenfalls das Wort. „*Weil es unerträglich ist, den Feind im eigenen Laden auch nur zu dulden*“. Die „*Gewerkschaft der Polizei*“, so der Kollege aus der Oberpfalz, „*vertritt Gesetze wie den neuen §114 Strafgesetzbuch, der uns, die kämpfende Jugend, hinter Gitter bringen. Jeder von uns weiß, wer für die Gewalt des deutschen Imperialismus steht. Also raus mit einer Organisation dieser Gewalt aus unserer Gewerkschaft!*“.
Wir haben es versäumt, als Kerschensteiner Berufsschüler diese Chance wirklich zu nutzen. Kollegen der Regensburger Berufsfachschule für Krankenpflege kamen ebenso, wie ein Schüler der Clemant-Ferrand-Schule. Sollte uns das nicht Grund genug geben, mit ihnen und den Kollegen aus Nürnberg und München Kontakt zu knüpfen? Das macht eine solche von der Freien Deutschen Jugend organisierte Demonstration aus. Trotz ihrer nur knappen Hundert, wenn wir es verstehen, diesen Zusammenschluss zu nutzen.
Kollegen, die Ferien stehen vor der Tür. Nutzen wir sie, um uns zu überlegen, ein Berufsschulkomitee zu gründen? Es kann schließlich nicht mehr nur darum gehen, zum neuen Schuljahr wieder unsere Zeitung zu verteilen. Nein. Die Aufgabe ist größer. An unserer Schule, in unseren Betrieben - und in den Schulen und Betrieben der Kollegen, mit denen wir endlich Kontakt aufnehmen müssen. **Denn eines gilt weiterhin: Wer einen von uns angreift, greift uns alle an.**

Komm zu unseren Gruppentreffen und kontaktiere uns!

Kontakt:
buero@falken-regensburg.de
www.facebook.com/falken.regensburg
Tel.: 017629261252

SOZIALISTISCHE JUGEND DEUTSCHLANDS - DIE FALKEN

V.i.S.d.P.: SJD – Die Falken KV Regensburg, Adolf-Schmetzer-Straße 30, 93055 Regensburg

Kampf jeder Abschiebung!
Wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

+++ Schulstreik am Siemens-Gymnasium in Regensburg +++ Polizeiterror an Nürnberger Berufsschule +++ 1000 Demonstranten in Duisburg +++ landesweite Unterschriftenaktion +++

Unser Kampf…
Nürnberg, 31. Mai 2017
300 Berufsschüler und Passanten blockieren ein Polizeiauto. Die Polizei prügelt den Weg frei. Setzt dabei Schlagstöcke, Pfefferspray, CS-Gas und Hunde gegen die Berufsschüler ein. Fünf Kollegen werden verhaftet, zahlreiche verletzt.

…gegen ihre Abschiebungen!
An der Nürnberger Berufsschule B11 ertönt der Gong. In eine Schreiner-Klasse des ersten Lehrjahres marschieren Polizisten und nehmen einen 20-Jährigen Kollegen mit sich. Sein Verbrechen: Er hat einen afghanischen Pass. Deswegen soll er dahin abgeschoben werden. Dass am selben Tag in Kabul eine Bombe 80 Menschen tötet, interessiert die deutsche Abschiebe-maschinerie nicht. Als das Polizeiauto, in das der Kollege gesteckt wurde, wegen der Blockade seiner Mitschüler nicht abfahren kann, schleifen ihn Polizisten über den Boden zu einem anderen Auto. Den Berufsschülern gelingt es wegen des brutalen Polizeiterrors nicht, die Verschleppung ihres Kollegen zu verhindern. Er wird in einen Abschiebeknast gesteckt. Seine Abschiebung aber ist vorerst ausgesetzt. Begründung: Die deutsche Botschaft in Kabul ist wegen des Bombenanschlags vom Morgen überfordert.

Unterschriftenaktion

In Schulen im ganzen Land - so auch in Regensburg - werden zur Zeit Unterschriften gesammelt, die die Schulleitungen auffordern keine Abschiebungen an der Schule mehr zuzulassen. In der ersten Pause kommen wir mit Unterschriftenlisten. Nutzt sie und sammelt Unterschriften in euren Klassen! Sprecht eure Mitschüler, Lehrer und SMV darauf an!

Lernen wir vom Kampf der Nürnberger Berufsschüler!

Die einzige Macht die Abschiebungen verhindern kann:
Der organisierte Kampf Schülerinnen und Schüler
in der Schule und außerhalb!

Unser Kampf…
Duisburg, 12. Juni 2017
1000 Menschen, darunter rund 700 Schülerinnen und Schüler vom Steinbart-Gymnasiums, demonstrieren durch die Innenstadt. „Wir wollen Veränderung!“ und „Bring Bivsi back!“ skandieren sie.

…gegen ihre Abschiebungen!
Duisburg, 29. Mai 2017
Während des Unterrichts betreten Beamte das Klassenzimmer einer 9. Klasse des Steinbart-Gymnasiums. Ihr Ziel: Die 14-Jährige Bivsi soll nach Nepal abgeschoben werden. Bivsi muss ihre Sachen packen, bekommt nicht mal Zeit sich von ihren Freunden zu verabschieden. Am selben Abend wird sie und ihre Familie von der Polizei in ein Flugzeug Richtung Nepal gesteckt. Wie willkürlich ihre sogenannten „Rückführungen“ funktionieren, wird hier deutlich: Bivsi ist in Deutschland geboren. Ihre Familie ist vor 15 Jahren nach Deutschland geflohen. Der deutsche Staat hat sie in ein Land abgeschoben, in dem sie vorher noch nie war.

Unser Kampf gegen Abschiebungen und Polizeiterror – auch in Regensburg!

Regensburg, 2. Juni 2017
500 Schülerinnen und Schüler des Siemens-Gymnasiums versammeln sich in der Pause. „Kein Mensch ist illegal – Bleiberecht überall!“ hallt es durch die Aula. Als die Pause um ist, gehen sie aber nicht zurück ins Klassenzimmer. Schulstreik gegen die Abschiebepraxis des deutschen Staates und gegen den Polizeieinsatz an der Nürnberger Berufsschule!

Abschiebungen nachts aus dem Bett heraus. Abschiebungen aus der Schule. Abschiebungen in Kriegsgebiete. Abschiebung in Hunger und Armut. Das ist deutsche Realität. Unsere Mitschüler, unsere Kollegen, die hier lernen, arbeiten und leben werden nach der völkischen Willkür des deutschen Staates entweder als „gut integriert“ geduldet oder abgeschoben – wenn wir uns nicht wehren! Sie schicken Polizei in unsere Schulen, gehen mit roher Gewalt gegen Schülerinnen und Schüler vor und wollen jeden Widerstand im Keim ersticken – wenn wir uns nicht wehren!

Ob an der Kerschensteiner Berufsschule, dem Siemens-Gymnasium oder dem AMG:
Lasst uns beratschlagen, wie wir den Protest an unseren Schulen organisieren! Sprecht mit unseren Verteilern, schreibt uns auf Facebook oder ruft uns an!

Komm zu unseren Gruppentreffen und kontaktier uns!

Kontakt:
buero@falken-regensburg.de
www.facebook.com/falken.regensburg
Tel.: 017629261252

SOZIALISTISCHE JUGEND DEUTSCHLANDS - DIE FALKEN

V.i.S.d.P.: SJD – Die Falken KV Regensburg, Adolf-Schmetzer-Straße 30, 93055 Regensburg

Erklärung

Kampf jeder Abschiebung!
Keine Abschiebungen an UNSERER Schule!
Wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

Duisburg, 29.05.2017. Ein 14-jähriges (!) Mädchen wird von der Polizei aus ihrem Unterricht entführt. Sie hat keine Zeit, sich zu verabschieden. Es wird ihr einzig und allein erklärt, dass sie mit ihren Eltern nach Nepal abgeschoben wird. Sie ist hier geboren, geht hier zur Schule.

Nürnberg, 31.05.2017. Ein 20 jähriger Mann wird von der Polizei aus dem Unterricht an einer Berufsschule gezerrt, um nach Afghanistan, einem Kriegsgebiet auch deutscher Bomben, abgeschoben zu werden.

Seit Jahren praktiziert der deutsche Staat Abschiebungen aus Schulen heraus.

Seit Jahrzehnten schiebt Deutschland tausendfach, ob nachts aus dem Bett, tagsüber aus Lagern, nachmittags vom Spielplatz oder morgens, auf dem Weg zur Arbeit, ab!

Immer noch geht von deutschem Boden der Krieg, der Mord, das Elend – und damit die Massenflucht – aus.

Höchste Zeit, diesem barbarischen Handeln ein Ende zu setzen!

300 (zumeist) Berufsschüler stellen sich am 31.05.2017 in Nürnberg gegen die Verschleppung eines Mitschülers aus dem Klassenzimmer, um seine zwangsweise Abschiebung zu verhindern. Die Polizei geht gewalttätig mit CS-Gas, Pfefferspray, Schlagstöcken und Hunden gegen die Berufsschüler vor. Das darf nicht unwidersprochen bleiben! **Der Angriff auf die Nürnberger Kollegen ist ein Angriff auf uns alle!** Und das ist die „deutsche Leitkultur", von der die CSU und ein Bundesinnenminister sprechen: Wer dem deutschen Staat nicht gehorcht, spürt die Gewalt. Ein erster Schritt muss sein:

Lassen wir das an UNSERER Schule nicht zu!

Deswegen …

… fordern wir, Schülervertretung der …….. Schule,

… fordern wir, Klasse … der …… Schule,

… fordern wir, Schüler(innen) der …… Schule,

… fordern wir, Lehrer(innen) der …….. Schule,[1]

die Schulleitung auf, folgende Absicht zu unterschreiben:

Absichtserklärung

Ich, Rektor(in)/Schulleiter(in) der Schule……., erkläre, alles in meiner Macht stehende zu tun (u.a. auch durch den Gebrauch des Hausrechts), um keine Abschiebungen an meiner (Berufs)Schule zu zu lassen.

Unterschrift: …….

Lasst uns so viele Erklärungen wie möglich sammeln! Schließen wir uns zusammen! Unterschriebene Erklärungen an:

Kontakt:

1 Siehe Rückseite!

Erklärung: Kampf jeder Abschiebung! Keine Abschiebungen an UNSERER Schule! Wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

Schülervertretung

Name	Schule	Unterschrift

Schüler:

Name	Klasse	Unterschrift

Lehrer:

Name	Unterschrift

#6 | Berufsschüler erzwingen den Abzug der Polizei

Wenn man mit der Polizei aneinandergerät, zieht man in der Regel den Kürzeren. Dass das nicht immer so sein muss, wenn man sich kollektiv gegen willkürliche Polizeimaßnahmen wehrt, darum geht es in dieser Folge. Ein Azubi berichtet, wie es wegen einer Solidaritätsaktion mit einem Streik in Frankreich zu einem Polizeieinsatz an seiner Berufsschule kam. Und wie dieser durch den gemeinsamen Widerstand der Berufsschüler beendet werden konnte.

Hier das angesprochene Aktionsmaterial:

Weil er über die Streiks in Frankreich spricht: Regensburger Berufsschüler von Polizei festgehalten

Heute zur ersten Pause wurde ein Berufsschüler von USK-Beamten in seiner Schule festgehalten - um zu verhindern, dass er weiter über den Streik von Arbeitern in Frankreich berichtet.

200 Schüler stellen sich um ihn. Über 30 skandieren "Lasst ihn frei!". Nach zehn Minuten wird er unter Applaus freigelassen.

Sie erkennen:
Die Polizei, die heute unsere Kollegen verhaftet, wird morgen gegen unsere Streiks vorgehen.

Schon letzten Juni demonstrierten an der Kerschensteiner Berufsschüler 50 Kollegen zum Direktor um den Stopp der Abschiebungen ihrer Mitschüler zu fordern. Die Schulleitung hat damals wie heute reagiert: Mit Polizeipräsenz und Repression. Aber unsere Antwort ist heute wie damals richtig:

Das sollten die Berufsschüler nicht hören:
400.000 Arbeiter streikten letzten Dienstag in Frankreich. Sie beginnen den Kampf gegen die Angriffe des Präsidenten Macron. Nach deutschem Vorbild (z.B. Hartz-Gesetze) sollen die Arbeiter entrechtet werden.

Wenn die Herrschenden solche Angst haben, dass Berufsschüler eine Rede über Streiks hören, wie wacklig muss ihre Herrschaft noch sein?

Wer einen von uns angreift, greift uns alle an!

200 Regensburger Berufsschüler erzwingen den Abzug der Polizei

#7 | Vom Soldaten zum Kriegsgegner

Bundeswehr Werbung überall. Auf der Berufsmesse, im Klassenzimmer, an der Tram, auf Plakatwänden, bei Insta und Youtube. Alles in Karriereglanz und Gaming–style. Aber was erlebt man tatsächlich als Mannschafter beim Bund? Alex, unser Gast in dieser Folge, war bei der Bundeswehr. Er erzählt, mit welchen Vorstellungen von Kameradschaft und Möglichkeiten zur eigenen Entwicklung er zur Bundeswehr ging und wie er erlebt hat, dass die oberen Ränge vor allem bei den Vorgesetzten gut dastehen wollen. Statt „Folge deiner Berufung“ erlebt er: Folge den Befehlen, egal wie unsinnig sie sein mögen. Heute ist Alex Kriegsgegner. „Feuer unterm Arsch der Offiziere!“

Schreibt uns an Funkenschlagen@FDJ.de für Verbesserungsvorschläge, Kritik und Lob oder wenn ihr über eigene Aktionen berichten wollt!

Funken schlagen! ist ein Podcast der Freien Deutschen Jugend.

Mehr Infos: https://www.FDJ.de

Instagram: https://www.instagram.com/freie_deutsche_jugend/

#8 | Lehrlinge verweigern den Kriegsschiffbau

Auch als Azubi kann man im Betrieb aktiv sein gegen Kriegsproduktion. So in der Bremer Vulkan–Werft. Mit einem fing es an, der erklärte: In meiner Ausbildung will ich nicht am Bau von Kriegsschiffen arbeiten. Mehr als 20 weitere Azubis haben sich ihm angeschlossen, die Betriebsversammlung erklärte: Dafür darf es keine Abmahnung geben! Das war 1982. Lange her? Brandaktuell! Ein Betriebsrat, der dabei war, erzählt von der Aktion und davon, wie er heute noch in der IGMetall gegen den Krieg aktiv ist.

Hier das angesprochene Aktionsmaterial:

kämpfende jugend

Für den Aufbau des BDJ

Jugendmagazin des Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend – LV Bayern

OG Mainz; 1/82

Vulkan - Lehrlinge verweigern Fregattenbau

Der Morgen des 9.11.81 war für einen Lehrling des BV wohl der ekelhafteste seit langem, denn es wurde ihm die "große Ehre" zuteil für sein Vaterland aufrüsten zu dürfen. Im Klartext heißt das: ab auf den Kahn, der sich Fregatte nennt. Was soll man viel schreiben, denn jeder Lehrling mit einem halbwegs gesunden Menschen verstand wird dies wohl aus gutem Grund verweigern. Das tat dieser Azubi dann natürlich auch!!! In den gut und angeblich auch neu bebrillten Augen des "Kollegen Moritz" jedoch machte er sich unverständlicherweise der Befehlsverweigerung schuldig, und so beschloß er dem Erzeuger des Azubis einen Brief zu schreiben, mit dem er ihn wohl über das angebliche Fehlverhalten seines Sprößlings aufklären wollte. Es heißt dort, er hätte gegen § 4 Abs.3 des Lehrvertrages verstossen, in dem steht, daß der Auszubildende allen Befehlen (Weisungen) Folge zu leisten habe. Für diesen zweifellos "netten Herrn" scheint es allerdings nur § 4 zu geben (Pflichten des Auszubildenden). Aber vergesst nicht, ihr habt auch Rechte die ihr nutzen solltet. Vielleicht nicht auf den BV (die haben wohl eigene Gesetze). Nach dem Grundgesetz und das hat Herr Moritz wohl ganz zufällig vergessen. Z.B. steht dort in Artikel 12 Abs.2: Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden usw. und Abs.3: Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig. Na ja, teilweise hat diese "liebenswürdige" Kreatur der Gattung Vulkanese ja recht, denn ob Vulkan oder Freiheitsentzug - wo ist denn da der entscheidende Unterschied?
Nun gut, auf diesen unverschämten Brief von Moritz tat dieser Azubi das einzig Richtige, Betriebsrat und Jugendvertretung in Kenntnis gesetzt. Die Kollegen vom Betriebsrat scheuten keine Mühe Herrn Moritz (würg) auf seine Schandtat aufmerksam zu machen und ihn aufzufordern, sein Schreiben zurückzunehmen, sowie ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er gegen das Grundgesetz Art. 2, 3, 4 und 12 sowie gegen das Betriebsverfassungsgesetz § 75 verstößt. Auch der Kollege ergriff die Initiative und schickte je einen Brief mit dem gleichen Inhalt an Moritz, Dr.Kuhn und Joks, in dem er erklärte, daß eine Ausbildung auch im Bereich des Handelsschiffbaus durchgeführt werden kann, ohne den Kollegen in Gewissenskonflikte zu bringen.
Sollte Moritz seine Abmahnung nicht zurücknehmen, empfehlen wir dem Kollegen gerichtlich gegen den Lümmel vorzugehen. Wenn dieser Krawattenfreak nicht einsehen will, daß es auch noch Menschen gibt, die diesen Rüstungswahnsinn nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, dann sollte man ihn doch lieber wieder in das schöne und lehrreiche Buch von Wilhelm Busch stecken und ihm das gleiche Ende wünschen. Aber auch alle anderen Kollegen, die in der Ausbildung sind, sollten sich überlegen, nicht auch die Arbeit auf den Fregatten zu verweigern.

E R K L Ä R U N G

Hiermit erkläre ich, daß ich es vor meinem Gewissen nicht verantworten kann, mich an der Rüstungsproduktion auf dem Bremer Vulkan zu beteiligen.
Der Fregattenbau dient zumindest der Vorbereitung von kriegerischen Auseinandersetzungen, die ich nicht will und die ich grundsätzlich ablehne.

Ich fordere Sie deshalb auf, die Fregattenproduktion aus meinem Durchlaufplan für die Ausbildung auszugliedern und durch andere Kolonnen und Arbeiten im Bereich des Handelsschiffbaus zu ersetzen.

Hochachtungsvoll

Michael Sinn

Und tatsächlich!
Geäußert haben 22 Kollegen jetzt eine Erklärung, in der sie zugunsten von sich selber und allen friedliebenden Menschen in der Welt auf die Rüstungsproduktion auf dem Bremer Vulkan verzichten wollen - kann die neueste Ausgabe der "Vogelfrei" melden. Norbert hat die Vulkan-Lehrlinge besucht.

"Da fängt es an, die Friedensbewegung"

Könnt ihr uns mal sagen, was so im einzelnen die Gründe sind, warum ihr euch weigert an der Rüstungsproduktion zu arbeiten?

"Der Anstoß war schon die Friedensdemo in Bonn. Da sind einige von den Lehrlingen hingefahren - auch ältere, vom Betriebsrat. Da haben wir gesehen, daß es nicht reicht, nur dahinzufahren, sondern man muß auch in seinem Alltag sehen, was wir tun können, gerade im Betrieb. Das ist bestimmt das eine gewesen. Dazu kommt, daß wir eine Jugendversammlung gehabt haben, kurz nach Bonn, und da kam das praktisch aufs Tapet, ohne daß die Jugendvertretung das vorgehabt hat. Da kamen Kollegen vor, die gesagt haben, wir müssen uns das mal überlegen.
Ein Aufhänger war vielleicht, daß einer den Kriegsdienst verweigern wollte, und meinte, daß ihn der Ausschuß - dann fragt wo er arbeitet. und sich vielleicht auf den Standpunkt stellt, wenn er Kriegsmaterial herstellt, dann kann er auch zum Bund gehen.

Es gibt da noch andere Beweggründe, die sind sicher nicht bei allen 23 gleich. Und dann die Vorstellung, du baust die Dinger und dann im Ernstfall, im Krieg - die Dinger gehen ja in die Luft. Und mit den Dingern gehen Hunderte und Tausende in die Luft. Das ist doch total unlogisch, wenn man die Dinger baut. Da ist kein Sinn drin. Hinzu kommt das ganze Geld, was da verpulvert wird! Wenn man sich vorstellt, hier steht die zweite Erhöhung der Fahrpreise an, dann wird der Bildungsurlaub gestrichen, weil keine Gelder da sind, in der Schule gibt es keine Blätter, kein Papier mehr - überall wo wir sind, da werden wir beschnitten, da müssen wir bezahlen - und dann diese Rüstungsausgaben. Zum einen und zum anderen: die taugen doch zu nichts anderem als zum kaputtmachen im Krieg. Man könnte ja auch Handelsschiffe für die 3. Welt bauen, damit sie die alten Kanus loswerden, die 20 Jahre alt sind. Da kann ich mir vorstellen, daß da mehr Arbeitsplätze insgesamt geschaffen werden. Ein Handelsschiff braucht Transportarbeiter, es würde auf jeden Fall Arbeitsplätze schaffen oder zumindest aufrechterhalten."

Und wenn man davon ausgeht, daß die BRD z.B. eine Menge Waffen liefert z.B. an die Türkei, oder was bei euch auf der Werft gebaut wird, die sind ja nicht nur dazu da, daß man sie irgendwo hinstellt, sondern für den Krieg gegen die Völker.

"Deswegen machen die das ja auch mit den Fregatten. Da fängt es an, die Friedensbewegung, daß man solche Sachen nicht unterstützt."

Seid ihr eigentlich inzwischen noch einmal aufgefordert worden, auf den Fregatten zu arbeiten?

"Wir haben unsere Forderungen auf der Betriebsversammlung vorgetragen und es war auch im Bericht des Betriebsrates aufgezeichnet. Sogar sehr positiv: daß man das Recht den Kollegen zugestehen muß. Das kam bei den Kollegen gut an, sie haben zugehört und ein Teil hat applaudiert. 200 haben auf einer Unterschriftenliste gefordert: "Niemand darf gegen sein Gewissen zur Arbeit an Kriegsschiffen gezwungen werden. Die Abmahnung gegen den Kollegen Floringer muß sofort zurückgenommen werden.
Dann haben wir Verhandlungen mit der Geschäftsleitung gehabt und da haben wir das auf jeden Fall für den einen Kollegen, daß er nicht mehr dort arbeiten muß und daß diese Abmahnung für ihn nicht zählt."

Ich finde es klasse, was ihr gemacht habt. Man muß das unbedingt breit publik machen, z.B. auch über die Gewerkschaft, damit sich möglichst viele Kollegen von eurem Beispiel anstecken lassen.
Für die Geschäftsleitung ist die ganze Sache ja sicher auch noch nicht vorbei. Die wird das nicht so einfach hinnehmen und zur Tagesordnung übergehen. Habt ihr eigentlich noch Kontakt zu anderen Werften und Betriebsjugendgruppen?

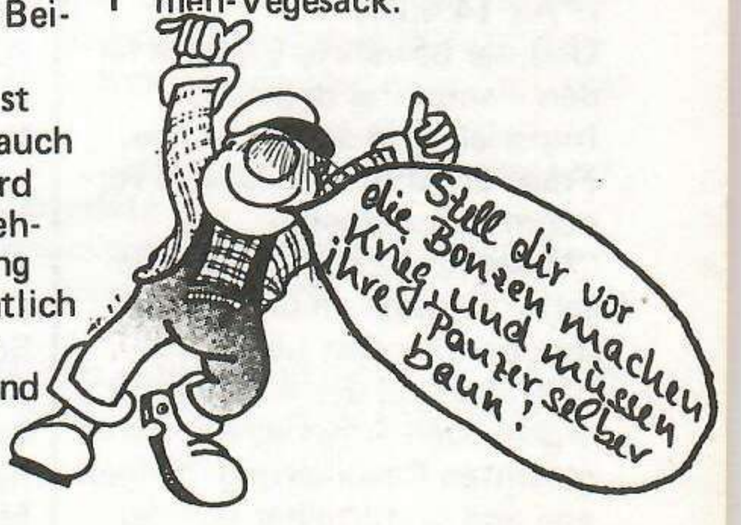
"Wir haben Kontakt zur HDW Eins ist klar, daß mit den 22 Leuten noch was geschehen wird. Einerseits müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß wenn ein Arbeitsgerichtsprozeß läuft, brauchen wir überall her Unterstützung. Andererseits werden wir im Februar auf dem Marktplatz eine Aktion machen, wo wir also mit Flugblätter was machen, wo wir vielleicht so 'ne kleine Fregatte bauen, die dann verbrannt wird oder so was ähnliches. Und natürlich einen Büchertisch mit antimilitaristischem Kram. Wir wollen darauf aufmerksam machen, daß die Friedensbewegung oder wie du das nennen willst vor den Betriebstoren nicht unbedingt halt macht. Dafür werden wir die IGM anschreiben und all diese ganzen Gremien und auch andere Persönlichkeiten, das ist klar. Die anderen Bremer Werften wollen wir anschreiben und mit den Jugendvertretern einen Treff machen wo ich mir schon vorstellen kann, daß man dann weiter und enger zusammenarbeiten kann."

Wie kann man euch unterstützen?

"In Zeitungsartikeln, indem die Öffentlichkeit aufgefordert wird und am allerbesten im eigenen Betrieb was machen, der Geschaftsleitung und uns was schicken. Am besten ist es, wenn eine ganze Gruppe was macht."

Also überlegt euch schnell, ob euer Arbeitergewissen sich mit der Produktion von Kriegsmaterial verträgt.
Und denkt daran: für die Rüstung wird nicht nur auf den Werften produziert, sondern in der Mehrzahl der Fabriken!

Hier noch die Adresse:
Jugendvertretung Bremer Vulkan, Lindenstr.110, 2820 Bremen-Vegesack.



Vulkan sieht die Sonne aufgehen

so meldet der Weserkurier vom 14. Mai 81 über die Bilanzpressekonferenz des Bremer Vulkan "Ein Platz an der Sonne" hieß das Motto des alten maritimen Kapitalistengesindels,das 1898 die Tripitzsche Flottenvorlage im Reichstag einbrachte und sich in Jahren vor dem 1. Weltkrieg dumm und dämlich an den aus den Werktätigen herausgepressten Aufrüstungsmillionen verdiente. Auch der Bremer Vulkan war damals schon dabei. Lesen wir selbst, was er, der gerade die Bremer Schiffsbaugesellschaft geschluckt hatte, in seiner Werbebroschüre "Schritte in die Zukunft" über diese Zeit schreibt:
"Im Juni 1907 vermerkt die Werft ihren 500. Stapellauf, von Johann Galiots "Adelheid Wilhelmina" an gerechnet. Gefeiert wird nicht, denn das deutsche Kaiserreich steuert auf eine Wirtschaftskrise zu. Sie dauert 2 Jahre,in denen der Bremer Vulkan schwer zu kämpfen hat. Dann geht es wieder aufwärts. Man hatte die stille Zeit der leeren Auftragsbücher genutzt. Die Gießerei war vergrößert worden, der Maschinenbau hatte neue Patente erworben. Mit ungebrochener Kraft und überlegenen Ideen stellte sich die Werft der Herausforderung der Zukunft. So war es schon damals. So ist es noch heute."
Die Politik, die heute dem Bremer Vulkan die Sonne wieder aufgehen läßt, hört sich aus dem Mund des Inspekteurs der Bundesmarine Admiral Bethge, so an:
"Bei der derzeitigen Weltlage scheinen mir daher die Sicherung der Gebiete aus denen wir Rohstoffe beziehen und die maritime Abdeckung der Versorgungslinien des Westens der dringlichste Auftrag für die westlichen Flotten".
(FAZ 14.4.81)
Und der bewährte Experte für den Kampf des deutschen Imperialismus an der Sonne, Franz Josef Strauß,faßt es vornehm so zusammen:
"Unser hochentwickeltes Gesellschaftssystem und die auf ihm beruhenden Lebensverhältnisse und die sich hieraus ergebenden Ansprüche unserer gesamten Bevölkerung hängen eng und unmittelbar von der weltwirtschaftlichen Datenlage und den weltpolitischen Konstellationen, vor allem aber von einer Versorgung mit Energie und Rohstoffen in ausreichender Menge zu bezahlbaren Preisen ab".
(Handelsblatt 13.3.80)

"So war es schon damals. So ist es noch heute":
Die Armut an jeglichen Rohstoffen außer Kohle im Verhältnis zu seinen Konkurrenten macht den deutschen Imperialismus besonders aggressiv, das Lebensverhältnis der hochentwickelten Monopole beruht auf Maximalprofit und erhebt Anspruch auf "Rohstoffe zu bezahlbaren Preisen".
Dieser Hunger bringt die Kriegsvorbereitungen auf Hoch touren, die Flottenrüstung floriert.

Neuer Lebensraum für die Deutsche Marine!
Werner Schirmer, Vorstandsmitglied der Bremer Vulkan, frohlockt auf der Pressekonferenz "daß wir uns in den nächsten zehn Jahren in einem Zeitalter der Aufrüstung befinden".
(Weserkurier 14.5.81)
Die Bundesregierung hat auf der Nato-Tagung ihr grünes Licht für den Einsatz der bundesdeutschen Schlachtschiffe auch nördlich des 61. Breitengrades gegeben. Der Bremer Vulkan hat als Generalunternehmer den Großauftrag für die sechs Fregatten für die Bundeswehr eingeheimst. Da fehlen eigentlich nur mehr ein paar kräftige Subventionen aus Steuergeldern, damit die Sonne so richtig lacht, denn wenn es um Kriegsvorbereitungen geht, ist sparen fehl am Platz!

Subventionen für die Waffen! Für Arbeitsplätze ein Massengrab!
Am 7.12.81 meldet die FAZ unter der Überschrift:
Günstigere Kredite für Schiffbau:
"Der Haushaltsausschuß hat eine Verbesserung des Zinsprogramms für den deutschen Schiffbau beschlossen. Der Zinssatz für Schiffbaukredite soll 1982 um 4 Prozent (bisher 2 Prozent) unterhalb des Marktzinses gesenkt werden können. Für diese Zinsverbilligung sind 186 Millionen DM mit der Begründung vorgesehen, daß die deutschen Werften gegenüber den Wettbewerbsnachteilen im internationalen Markt abgeschirmt werden müssen".
Und gleich nochmal 195 Millionen aus unserer Tasche in den Rachen des Bremer Vulkan: Am 10.12. beschließt der Haushaltsausschuß des Bundestages die Übernahme der vom Bremer Vulkan für das Fregattenbauprogramm der Bundesmarine angemeldeten Mehrkosten in Höhe von195 Millionen DM.
Kommentar des SPD — Haushaltsexperten Claus Crobecker:
"Das ist die dickste Kuh, die ich je vom Eis geholt habe".
Als Grund für die Mehrkosten wird allgemein angesehen,daß das Bundeskabinett 1978 entschied, die sechs Fregatten nicht, wie es wirtschaftlich vernünftiger gewesen wäre, auf einer Werft bauen zu lassen, sondern den Generalunternehmer verpflichtete, vier weitere Werften am Bau zu beteiligen.(FAZ 18.7.81)

Aus Hitlers Fehler lernen: "Eine deutsche Stimme — auch im Fregattenbau
Die Vorbereitung eines Krieges zwingt zur Einsicht, daß die heilige Konkurrenz teuer ist und im Kampf auf Leben und Tod mit den anderen Räubern durch das Monopol ersetzt werden muß.

Nach der Monopolisierung im Flugzeugbau...
"MBB Chef Hort hält es für notwendig, die Systemführung für jede Sparte der Rüstungsindustrie im nationalen Bereich auf eine Organisation zu konzentrieren, wobei es zum Selbstverständnis von MBB gehöre, dies für sich anzustreben..... Nur bei Hubschraubern hat sich bisher diese Kon zentration der Systemführung durchgesetzt. Auch auf dem militärischen Flugzeugsektor habe MBB die Vormachtstellung aufgrund des Tornadoprogramms, eine klare Federführungsrolle stehe jedoch auch hier noch aus ....
Strukturkonzept der deutschen Luftfahrtindustrie: .... eine deutsche Stimme. Aufgrund des harten Wettbewerbs durch die Amerikaner sei eine nationale Konkurrenz weder wirtschaftlich noch technisch vertretbar ..... (Handelsblatt 13.7.78)
Monopolisierung für den Dienst am Ganzen tut not! — die Zwangsehe in der Luftfahrt zwischen MBB und VFW ist über die Bühne — jetzt heißt es:
Zentralisation der Flottenrüstung in die Hand eines einzigen bewährten Kriegstreibers.
Die Namen sind altbekannt, die Ziele auch:
Thyssen — Großaktionär von Bremer Vulkan
Krupp — Großaktionär von AG Weser
Vor 2 Jahren sind die Fusionsgespräche an der Gier der beiden Großaktionäre gescheitert. Nun hilft der "Generalunternehmer" Staat ein bißchen nach: durch horrende öffentliche Zuschüsse, gebunden an die "Dringliche Erwartung", daß geprüft wird, "ob in Bremen zwei Großwerften weiter bestehen können, oder ob zur Sicherung der Arbeitsplätze (natürlich!) eine Fusion ins Auge gefaßt werden solle. Das Land Bremen würde dann gegebenenfalls auch finanziell oder durch Bürgschaften mithelfen, die Fusion zu realisieren."
(Bremens Bürgermeister Koschnick).
Und die FAZ vom 3.12.81 verkündet aus den Vorstandsetagen von Thyssen und Krupp:" daß sie einer Fusion nicht mehr so ablehnend gegenüberstehen."

ARBEITERBUND FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD – Ortsgruppe Bremen

SOUVERÄNITÄT UND RESILIENZ SICHERN

INDUSTRIEPOLITISCHE LEITLINIEN UND INSTRUMENTE FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Einleitung

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich die geopolitische und sicherheits- und verteidigungspolitische Lage sowohl global als auch in Europa fundamental verändert. Die post-kommunistische Friedensordnung in Europa hat sich aufgelöst, einige Staaten und Terrororganisationen begreifen Gewalt und Krieg als Mittel ihrer Politik.

Das stellt Europa, die Nato und Deutschland mit seiner Bundeswehr vor neue Aufgaben. Das angestrebte Ziel ist dabei, Abschreckung durch verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit zu erreichen.

Die Bundesregierung hat hierzu als ersten Schritt das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen Bundeswehr aufgelegt und erklärt, dass auch mittelfristig das 2%-NATO-Ziel für die Finanzierung der verteidigungspolitischen Aufgaben sicherzustellen und die Erhaltung einer leistungsstarken Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) ein wichtiges Ziel sei.

Mit dem 100-Milliarden-Euro-Programm ist es möglich, notwendige Beschaffungen für die Entwicklung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit durchzuführen; zu erheblichen Teilen erfolgen diese aus den USA und Israel. Weder aus Sicht des Bundeswehr-Bedarfs noch aus Sicht der SVI reicht dies aus. Deutschland und Europa brauchen ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der SVI und zum Aufbau und zur Entwicklung eigener leistungsfähiger Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See.

Dazu ist es notwendig, die Innovations- und Investitionskraft der SVI zu erhöhen und gezielte F&E-Maßnahmen zu ermöglichen. Zur Umsetzung bedarf es einer Beschaffungspolitik, die Berechenbarkeit und Planungssicherheit schafft, damit die notwendigen Investitionen und der notwendige Know-how-Aufbau sichergestellt werden.

Eine leistungsfähige nationale SVI bedeutet konkret:

- Wahrung, Weiterentwicklung und Ausbau der Kernkompetenzen und Schlüsseltechnologien im Inland
- Substanziell geförderte nationale Technologieschwerpunkte – auch bei internationalen Kooperationen, um technische und logistische Abhängigkeiten konsequent zu minimieren
- Unabhängigkeit von Lieferpriorisierungen ausländischer Hersteller und Zulieferer
- Hinreichender Einfluss auf logistische Prozesse
- Hoheit über systemkritische Zulassungs- und Zertifizierungsprozesse
- Fähigkeit für Streitkräfte-übergreifende Operationsführung
- Unabhängige Betreuungsfähigkeit der Streitkräfte (Wartung, Modernisierung, Weiterentwicklung)

Ein umfassendes industriepolitisches Konzept für die Verteidigungsindustrie existiert bislang nicht. Ein solches Konzept ist allerdings unverzichtbar, um die Leistungsfähigkeit der Industrie

zu sichern und ihre Möglichkeiten zur Produktentwicklung und Produktproduktion relevanter Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See zu ermöglichen.

In der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung heißt es dazu:
„Eigenständige europäische Handlungsfähigkeit ist zunehmend Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft." (Nationale Sicherheitsstrategie, 2023)

Die im November 2023 veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien" des Bundesverteidigungsministeriums formulieren hierzu: „Eine starke nationale und europäische Rüstungsindustrie ist für die zukunftsfähige Bundeswehr ein wesentlicher Faktor. Es gilt, die sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis in Deutschland und Europa in Bezug auf Resilienz und Redundanz deutlich zu stärken."

Deutschland benötigt eine verlässliche und strategische Ausrichtung für seine Industrie, die deutlich über eine Legislaturperiode hinausgeht. Nur so kann Deutschland seine souveräne Handlungsfähigkeit als starker und gleichberechtigter Bündnispartner sicherstellen, um seine berechtigten Sicherheitsinteressen zu wahren. Diese Handlungsfähigkeit ist jedoch nur mit einer national wettbewerbsfähigen und leistungsstarken SVI und Bundeswehr darstellbar.

Der Ukraine-Krieg zeigt einmal mehr, wie wichtig – gerade bei der Landes- und Bündnisverteidigung – vernetzte und zur Kollaboration befähigte Streitkräfte sind. Die vernetzte Operationsführung verlangt eine Kombination aus vertrauenswürdiger, hochperformanter Technologie, vorausschauendem Denken sowie kooperativem Handeln.

Es erfordert ernsthafte und gemeinsame budgetäre und programmatische Zusagen von SVI, Bundeswehr und Politik, um von Konzepten über Demonstratoren hin zu einsatzbereiten Lösungen zu kommen und um nicht noch weiter im internationalen Vergleich zurückzufallen.

Einmal aufgegebene Schlüsseltechnologien und Fähigkeiten sind, wenn überhaupt, nur unter großem finanziellem und zeitlichem Aufwand wiederzuerlangen. Wir erachten es daher als notwendig, einen echten strategischen Dialog zwischen Industrie, Politik und Regierung aufzusetzen, der die Kernfähigkeiten und Schlüsseltechnologien zur Wahrung eigenständigen nationalen Handelns definiert.

Lieferketten für militärische Großprojekte sind grundsätzlich komplex und involvieren oft hochspezialisierte Unternehmen aus dem Mittelstand. Diese bewährten Beziehungen sind in der Regel über Jahrzehnte aufgebaut, um Vorgaben und Zertifizierungen zu gewährleisten und eine maximale Effizienz in der Wertschöpfungskette zu erreichen.

KMU und Systemhäuser bilden integrierte Wertschöpfungsketten und sind voneinander abhängig. Eine verbindliche Planungssicherheit ist daher fundamental, um erforderliche Vorlaufzeiten für eine gesicherte Produktion und Lieferung realisieren zu können. Insbesondere für den Mittelstand ist Produktionsstabilität wichtig, da ihre Ressourcenflexibilität begrenzt ist.

Um Komponenten/Systeme in die Produktionsabläufe zu integrieren, sind entsprechende Vorlaufzeiten notwendig, da Materialien eingekauft, Zulieferer unter Vertrag genommen und Liefergegenstände entsprechend produziert werden müssen.

Neben gesicherten nationalen und europäischen Wertschöpfungsketten ist Verlässlichkeit und Verbindlichkeit beim Export essentiell. Die SVI als Branche unterstützt ausdrücklich, dass Deutschland mit großer Sorgfalt jeden einzelnen Exportfall prüft.

Faire Wettbewerbsbedingungen und eine Harmonisierung der Exportgenehmigungen in der EU sind dabei Voraussetzungen für europäische und internationale Partnerschaften bei Rüstungsprojekten und länderübergreifenden Unternehmenskooperationen – von Lieferbeziehungen in Wertschöpfungsketten über Joint Ventures bis zu Zusammenschlüssen, wie sie von der EU und der Bundesregierung gewünscht sind. Sie sind ein Pfeiler für Auslastung, Erhalt und technologische Entwicklung entsprechender industrieller SVI-Kapazitäten und der damit verbundenen hochqualifizierten Arbeitsplätze in Deutschland.

Die gegenwärtigen heterogenen Exportregeln wirken sich nachteilig auf die Wertschöpfungsketten aus. Dies schlägt sich nicht nur bei laufenden europäischen Programmen nieder, sondern wird auch bei künftigen Großprojekten wie FCAS und MGCS die wichtigen Synergieeffekte, die durch effiziente europäische Arbeitsteilung gewonnen werden, zunehmend einschränken.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei die Handhabung von Dual-Use-Gütern. Zulieferer aus Deutschland, oft mittelständische Unternehmen, die Dual-Use-Güter herstellen und von Systemherstellern in anderen EU-Mitgliedsstaaten für das zivile und militärische Endprodukt zertifiziert sind, können in die Situation geraten, dass sie auch aus der Lieferkette für das zivile Endprodukt genommen werden, wenn die Zulieferung für das Rüstungsgut verweigert wird.

Das hängt mit dem komplexen und kostenintensiven Zertifizierungsprozess zusammen, den kein Systemhersteller mit Zulieferern einleitet, wenn die Liefersicherheit letztlich infrage steht. Deshalb laufen Zulieferer aus Deutschland Gefahr, von Systemherstellern aus EU-Mitgliedstaaten a priori für Zulieferungen von Dual-Use Gütern ausgeschlossen zu werden. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen in nichtmilitärischen Märkten. Hierfür hat sich in den vergangenen Jahren der Begriff „German Free“ etabliert.

Da Produkte der SVI ihrer Zweckbestimmung nach nur in begrenztem Umfang „grüne“ Technologien beinhalten können, ist ferner eine Befreiung von den EU-Regularien zur CO2-Bepreisung und dem EU-„Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM) gerechtfertigt.

Für eine fruchtbare europäische Kooperation ist die gute Positionierung der heimischen Industrie die Grundlage. Aufgabe der Bundesregierung ist es, die heimische Industrie bei nationalen Ausschreibungen so zu berücksichtigen, wie es andere Länder in Europa über den Weg des Art. 346 AEUV mit ihrer jeweils nationalen Industrie ebenfalls tun.

Dabei geht es vor allem darum, in allen Bereichen über modernste Technologien zu verfügen, mit denen sich das Bündnis gegen Bedrohungen jeglicher Art schützen kann. Dies macht eine Investitions- und Innovationsoffensive der europäischen und deutschen Verteidigungsunternehmen notwendig.

Der BDSV, die IG Metall und das Wirtschaftsforum der SPD haben dazu Leitlinien und konkrete Instrumente für eine gezielte Industriepolitik in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entwickelt. Wir wollen mit diesem Papier eine notwendige Diskussion anstoßen, die über die aktuelle Beschaffungspolitik hinaus Ziele, Instrumente und damit Planungssicherheit für die Unternehmen der SVI ermöglicht und so deren Zukunft und Leistungsfähigkeit sichert.

Leitsektor Domäne Land

Wie der Krieg in der Ukraine zeigt, spielen im Rahmen eines LV/BV-Szenarios die Kaltstart-Fähigkeiten in der Domäne Land eine entscheidende Rolle. Es gilt, dem Erstschlag des Gegners an der Außengrenze der NATO standzuhalten.

Vorgelagert ist jedoch auch wichtig, frühe Anzeichen und geheimdienstliche Aufklärungen ernst zu nehmen und in militärische Aufstellungen besser einzuplanen. Auch die strategische Fähigkeit der Aufklärungssysteme sollte in der europäischen Verteidigungsarbeit sowie der sicherheitspolitischen Industriepolitik einen wichtigen Stellenwert bekommen.

Die Anforderung an Kaltstartfähigkeit setzt voraus, dass Ausrüstungslücken aus der Vergangenheit systematisch und schnell geschlossen werden, zugleich aber auch Führungsfähigkeit und Digitalisierung verbessert werden. Zudem will das Heer mit dem Aufbau neuer Mittlerer Kräfte einem veränderten operationellen Umfeld Rechnung tragen. Letztlich müssen in allen drei Kräftekategorien des Heeres – Leicht, Mittel und Schwer – den gesteigerten Anforderungen entsprechende verteidigungsindustrielle Fähigkeiten gegenüberstehen, die im Ernstfall einen hinreichend schnellen Nachschub und eine entsprechende Ersatzteilversorgung und Maintenance ermöglichen. Damit die Landsystemindustrie mit ihren Zulieferern eine entscheidende Rolle in der sicherheits- und verteidigungsindustriellen Architektur Europas übernehmen kann, sind politische Weichenstellungen in Deutschland und Europa notwendig.

Die eigene technologische Souveränität muss durch Erhalt, Weiterentwicklung und Ausbau nationaler Schlüsseltechnologien im Bereich Landsysteme gewahrt bleiben. Die Aufgliederung des Sondervermögens Bundeswehr (16,6 Mrd. Euro für die Dimension Land und ca. 21 Mrd. Euro für Führungsfähigkeit/Digitalisierung) unterstreicht diese Prioritäten bereits. Nur eine innovative und leistungsstarke deutsche SVI kann die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen. Ziel muss es weiterhin sein, die IT-Fähigkeiten zur Digitalisierung der Streitkräfte zu bündeln sowie zentrale Ansprechpartner auch für multinationale Partner zu schaffen.

Bezogen auf den europäischen Kontext wird die deutsche Landsystemindustrie bei der Ausstattung und Entwicklung einer in mittel- bis langfristiger Zukunft weitgehend harmonisierten europäischen Armee den entscheidenden Faktor darstellen. Bei multinationalen Beschaffungskooperationen und Rüstungsprojekten muss die deutsche Landsystemindustrie mit ihren Schlüsseltechnologien sowie ihren existierenden industriellen und technologischen Kapazitäten Verantwortung übernehmen.

Deutschland muss sich seiner Kernkompetenzen bewusst sein und diese aktiv in Kooperationsprojekte einbringen und durchsetzen. Nur wenn Technologien wie Schutz und Wirkung als Schlüsseltechnologien festgelegt sind, kann auch in Krisenzeiten das Know-how abgerufen werden. Nicht nur die Quantität, vor allem die Qualität der Bedrohungen hat sich spürbar gewandelt. Beschaffungen aus dem außereuropäischen Ausland können insbesondere bei Versorgung und Wartung ein großes Risiko für Deutschland und Europa bedeuten. Zudem würde ein potenzieller technologischer Rückstand in Kauf genommen und damit vor allem die mittelständisch geprägte heimische Zuliefererindustrie im Wettbewerb benachteiligt.

Lieferketten für militärische Großprojekte im Bereich der Landstreitkräfte sind höchst komplex und bedürfen einer Reihe von insbesondere nationalen Zulieferern aus dem Mittelstand. Aus wirtschaftlicher Sicht bietet kaum eine Industrie eine so große Fertigungstiefe in Deutschland und dort vor allem im Mittelstand, wie die deutsche Landsystemindustrie mit weltweit anerkannten Systemhäusern. Diese stützen sich auf eine wettbewerbsfähige, breite und innovationsfähige Industrielandschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen. KMU und Systemhäuser sind dabei voneinander abhängig. Eine verbindliche Planungssicherheit ist insbesondere für den Mittelstand wichtig, da die Ressourcen begrenzt sind. Fehlende Planbarkeit in Verbindung mit Stückzahlreduzierungen und verzögerten Beschaffungen führen zu Spannungen auf allen Seiten. Kapazitätsaufbau in der deutschen Wehrindustrie sowie der nachhaltige Aufbau einer zuverlässigen, krisensicheren Lieferkette sind daher mit planbaren Zahlungseingängen zu hinterlegen.

Die deutsche Landsystemindustrie und ihre Zulieferer benötigen einen spürbaren Impuls durch Beschaffungsentscheidungen, um Produktions- und Lieferketten aufrechterhalten zu können. Andernfalls droht ein massiver Arbeitsplatzabbau und die mittelständische Zuliefererindustrie wendet sich endgültig vom „Kunden Bundeswehr“ ab.

Leitsektor Domäne See

Die Bedeutung maritimer Sicherheit wächst: Der internationale Wettkampf um die Ressourcen der Arktis, die Sicherheit neuer Seewege im Nordatlantik, die wachsenden geopolitischen Spannungen am Indo-Pazifik oder auch die neue Bedrohung der Ostseeanrainer durch Russland sind nur einige von zahlreichen maritimen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Der Sabotageakt auf die Gaspipelines Nord-Stream im September 2022 hat zudem die Fragilität und Schutzbedürftigkeit auch der zivilen kritischen Infrastruktur auf Seegrund und in Küstengebieten demonstriert.

Die deutsche Marineindustrie steht vor einem Technologiesprung: Es geht dabei nicht nur um Schiffe und Boote, sondern auch um unbemannte Fahrzeuge, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um Konnektivität, Combat Cloud und Multi Domain Operations. Hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung sind unabdingbar, will man in der Weltspitze agieren.

Angesichts der sicherheitspolitischen Lage ist es im Interesse Deutschlands, seine maritimen Schlüsseltechnologien langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln. Dazu gehört der Unter- und Überwasserschiffbau. Der deutsche Marineschiffbau ist heute Weltspitze – aber er muss es auch morgen bleiben.

Der globale Marineschiffbau zeichnet sich durch signifikante strukturelle Unterschiede aus. Bislang fehlen die Voraussetzungen für ein „Level Playing Field“, was zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führt. In den USA finden sich Unternehmen wie Northrop Grumman oder General Dynamics, die nicht nur um ein Vielfaches größer sind als die hiesigen Unternehmen, sondern auch weit höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer Technologien tätigen können und damit eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen. Dies setzt die europäischen Marinewerften massiv unter Druck.

Blickt man allein auf Europa, so werden ebenso gravierende Divergenzen sichtbar: Unternehmen wie Fincantieri oder Naval Group, in denen jeweils der Staat mehrheitlicher Teilhaber ist, übertreffen die privatwirtschaftlich organisierten deutschen Player tkMS und Naval Vessels Lürssen deutlich in ihrer Größe. Nachteilig wirkt sich für die deutschen Werften überdies aus, dass der Staat bei Risikokapital und Investitionen nicht in Mithaftung geht.

Wenn die Nachfrage im Inland nach Schiffen und Booten weiter sehr gering bleibt, werden die Marinewerften Restrukturierungsmaßnahmen einleiten, Arbeitsplätze und Know-how würden verloren gehen, die Unternehmen wären nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die Vergabeentscheidung bei der Fregatte 126 an einen europäischen Wettbewerber hat die heimischen Werften und das große Netz von Zulieferern bereits auf Jahre erheblich geschwächt. Nun mangelt es in Deutschland an großen Aufträgen, von denen die ganze

Marineindustrie langfristig profitieren würde. Aber nur mit Investitionen lassen sich Schlüsseltechnologien auf Dauer auf Weltniveau halten.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der maritimen Schlüsseltechnologien hängen maßgeblich von der hiesigen Auftragslage ab. Dies schließt Kooperationen mit ausländischen Partnern ausdrücklich ein. Die Stückzahlerhöhung der U-Boote der Klasse 212CD für die Bundeswehr wäre ein wichtiger Schritt, um die Spitzenstellung von tkMS zu sichern. Möglicherweise kann die Bundesregierung weitere Partnerländer etwa im Norden Europas für das Projekt gewinnen. Im Überwasserschiffbau müssen Entwicklung und Bau der Fregatten 127 unter deutscher Führung erfolgen. Auch hier könnten sich weitere Staaten im Bündnis finden, die sich an der Beschaffung komplexer Fregatten beteiligen und ihre eigenen technologischen Fähigkeiten einbringen. Auf diese Weise übernimmt Deutschland Verantwortung, stärkt die eigene Marineindustrie und bindet technologisch Partner in NATO und Europäischer Union ein.

Die Deutsche Marine hat ihren Modernisierungsprozess gestartet. Die Beschaffung des Mehrzweckkampfschiffes ist grundsätzlich ein wichtiger Schritt wie auch der Bau neuer Korvetten K130. Im Unterwasserschiffbau ist die Beschaffung der U212CD hervorzuheben; der Bau des weltweit modernsten konventionellen U-Boots erfolgt in Partnerschaft mit Norwegen. Die Marine erhält zudem neue Betriebsstoffversorger, Flottendienstboote und weitere schwimmende Plattformen. Ferner wird eine technologische Modernisierung der Fregatten 123 und 124 sowie der Mienenjagdboote 332 erfolgen. Alle diese Entscheidungen sind richtig und wichtig.

Es darf jedoch dabei nicht bleiben: Es braucht auch die Entwicklung und den Bau völlig neuer Systeme (z.B. Fregatte 127, unbemannte Systeme). Viele dieser Projekte sind jedoch nach wie vor nicht finanziell ausgeplant und abgesichert. Die Politik steht hier in der Verantwortung, zeitnah und weitsichtige Haushaltsentscheidungen herbeizuführen.

Die Marine selbst hat mit dem „Zielbild ab 2035“ einen Blick in die Zukunft geworfen. Die Botschaft ist eindeutig: Es braucht die Beschaffung vieler neuer Schiffe, Boote und unbemannter Systeme, um die Marine für ihre Aufgaben zu befähigen. Entscheidend ist, dass der militärische Schiffbau vor einem Technologiesprung steht. Auch dazu stellt die deutsche Marine fest, dass etwa neue Unterwasser-Sensorik sowie umfassende land-, luft- und raumgestützte Aufklärung das Gefechtsfeld „zunehmend gläsern“ machen. Aus den resultierenden großen Datenmengen erzeugten „komplexe IT-Systeme, künftig auch mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz, umfassende Lagebilder“. Mit der „Stealth“-Technologie im konventionellen U-Bootbau entstehen neue Maßstäbe.

Die Entwicklung und der Bau von Marineschiffen ist technologisch hochkomplex – es braucht dazu einen Generalunternehmer, der über das Know-how und Integrationsfähigkeiten verfügt sowie eine Vielzahl spezialisierter Technologielieferanten und schließlich sehr viele hochausgebildete Fachkräfte und Ingenieure.

U-Boote und Fregatten werden nicht über Nacht produziert. Sie erfordern langjährige Planungs- und Realisierungshorizonte. Das bedeutet: Wir müssen bereits heute die finanziellen und planerischen Grundlagen für die maritime Sicherheit und die Technologien von morgen legen. Mit einer stärkeren inhaltlichen Verzahnung geeigneter nationaler und europäischer Fördermaßnahmen sowie der frühzeitigen Förderung marktnaher und nachhaltiger Lösungen würde die Forschungs- und Innovationskompetenz der deutschen Marineschiffbauindustrie nachhaltig gestärkt werden. So kann z.B. auch über Innovationspartnerschaften zwischen Bund und Industrie die Systemkompetenz ausgebaut werden.

Leitsektor Domäne Luft

Die Aufgliederung des Sondervermögens (ca. 41 Mrd. Euro für die Dimension Luft und ca. 21 Mrd. Euro für Führungsfähigkeit/Digitalisierung der Bundeswehr) unterstreicht die Prioritäten in Hinblick auf militärische Luftfahrt und digitalisierte Streitkräfte.

Angesichts der dramatischen militärischen Dringlichkeit wird jedoch der größte Teil des erhöhten Budgets vor allem für die deutsche Luftwaffe in Beschaffungsvorhaben aus dem Ausland ausgegeben.

So verständlich Entscheidungen für Foreign Military Sale (FMS) kurzfristig sind, bergen sie langfristig doch ein großes strategisches Risiko. Der Kauf außereuropäischer Produkte riskiert den Verlust an Know-how, Produkt- und Produktionskompetenz. Eine so entstehende technologische Rückständigkeit führt zu Abhängigkeiten.

Eine außereuropäische Beschaffung “von der Stange” wird den derzeitigen Teufelskreis beschleunigen, der die Landschaft der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrien benachteiligt und weiter aushöhlt.

Eine weitreichende Einbindung der deutschen Industrie muss bei FMS-Programmen (Bsp. F-35 oder STH) für Instandhaltung und Produktion gewährleistet werden. Diese sichert nicht nur Arbeitsplätze und Technologie, sondern bringt auch die bestmöglichen nationalen Fähigkeiten in das Programm ein, um Komplementarität zur bestehenden Flotte herzustellen und gleichzeitig eine Bewertungs- und Analysefähigkeit aufzubauen. Dies dient der Effizienzsteigerung sowie der Verkürzung von Standzeiten der Luftfahrzeuge aufgrund von Reparaturmaßnahmen (Bauteile müssen nicht in die USA zum Service versendet werden). Eine Einbindung nationaler Industrie ist eine nachhaltiges Investition in den eigenen Fähigkeitserhalt und -ausbau sowie in die Einsatzbereitschaft der eigenen Flotte in diesem sensitiven Bereich.

Ohne zukunftsorientierte politische Maßnahmen steht insbesondere die militärische Luftfahrt in Deutschland und Europa vor der Deindustrialisierung:

- Europa hat es versäumt, ein eigenes Kampfflugzeug der 5. Generation zu entwickeln, was viele Regierungen dazu veranlasst hat, mangels Alternativen anderswo die F-35 zu kaufen.
- Deutschland wird sich nicht am Weiterentwicklungsprogramm für den Kampfhubschrauber TIGER (MKIII) beteiligen. Wenn Entscheidungen für Maßnahmen zur weiteren Erhaltung des TIGERs ausbleiben, wird dieser spätestens Anfang der 2030er Jahre nicht mehr einsatzfähig sein.
- Ein großer Teil (plus ungeplante Mehrkosten) der Mittel für die Dimension Luft wird für den Kauf von US-Material verwendet. Die so fehlenden Mittel schwächen die Position der deutschen und europäischen SVI.
- Ohne Entscheidung zur Weiterentwicklung des Eurofighters ist die Technologiebrücke hin zu FCAS nicht möglich. Zudem führt eine Nichtbeauftragung der Tranche 5 zu einer Produktionslücke, die dann auch einen endgültigen Verlust von Expertise und strategischen Fähigkeiten entlang der gesamten Eurofighter-Wertschöpfungskette nach sich zieht.
- Das Ende der Endmontagelinie des Eurofighters im Jahr 2030 bedeutet die Stilllegung der Produktionslinien der Zulieferer bereits ab 2027.
- Ohne eine klare Entscheidung zum TIGER riskiert Deutschland den Erhalt der industriellen Fähigkeiten und Kompetenzen zum Bau eines Kampfhubschraubers. Frankreich und Spanien dagegen sind in vollem Umfang an der Umsetzung des Weiterentwicklungsprogramms beteiligt und sichern sich so diese Fähigkeiten bis in die 2050er Jahre.

Ein Produktionsende des Eurofighters hat nicht nur dramatische Folgen für die heutige deutsche militärische Luftfahrtindustrie, sondern auch für laufende Entwicklungsprojekte wie FCAS: Verlust der strategischen deutschen Fähigkeit zur Herstellung von Kampfflugzeugen, Investitionsstopp und Rückbau bestehender Industriekapazitäten bis hin zum Verlust der Systemkompetenz zur Führung von europäischen Großprojekten.

Da Bestandssysteme, wie der Eurofighter, auch in den kommenden Jahrzehnten das operative Rückgrat unserer Streitkräfte bleiben werden, muss die Integration existierender Systeme in zukünftige Lösungen gewährleistet sein. Die bruchfreie Überführung in zukünftige Systeme setzt eine konsistente Weiterentwicklung/Digitalisierung der Bestandssysteme voraus. Die Herausforderungen der Digitalisierung können nur durch Sicherstellung und rechtzeitige Einbindung einer innovativen und leistungsstarken deutschen SVI gemeistert werden.

Cloud-basierte und Streitkräfte-übergreifende Führungsinformationssysteme, die zu den sensibelsten Bereichen der Operationsführung gehören, sind daher entscheidend. Auf Basis einer datenzentrierten, anschlussfähigen Architektur wird Software zunehmend zum Träger militärischer Fähigkeiten. Durch KI-gestützte, Software-dominierte und dimensions-übergreifende Systeme werden Fähigkeitszuwächse zukünftig primär über die Änderung der

Software erzielt werden – Software Defined Defence. Dafür müssen auch Bestandsplattformen mit einer neuen leistungsfähigeren digitalen Systemstruktur ausgestattet werden.

Wie politische Planungssicherheit den gesamtwirtschaftlichen Mehrwert von wehrtechnischen Gemeinschaftsprogrammen befördert und den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt, lässt sich sehr gut am Beispiel Eurofighter beschreiben (Quelle: BDLI/PwC Studie 2023):

- >400 beteiligte Unternehmen
- >100.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der EU, davon 25.000 in Deutschland und größtenteils abseits der einschlägigen Ballungszentren angesiedelt
- >120 deutsche Zulieferer + öffentliche Institutionen für F&T
- +10% BIP: Für jeden Euro BIP, der durch die Eurofighter Tranche 4 erzeugt wird, werden weitere 10% an zusätzlichem Beitrag zum gesamten BIP geleistet
- +26% Steuern: Für jeden Euro Steueraufkommen, der durch die Eurofighter Tranche 4 erzeugt wird, werden in Deutschland 26% zusätzliches Steueraufkommen generiert
- +33% Arbeitsplätze: Für jeden Arbeitsplatz, der durch die Eurofighter Tranche 4 geschaffen wird, werden 33% zusätzliche Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft geschaffen

Die deutsche SVI braucht Planungssicherheit über 2027 hinaus. Dies ist nur durch die Weiterentwicklung des Eurofighters im Rahmen des geplanten Long-Term Evolution-Programms (LTE) sowie die Beauftragung einer Tranche 5 möglich. Die Tranche 5 bedeutet nicht nur die Fortschreibung des skizzierten gesamtwirtschaftlichen Mehrwerts, sondern befördert auch die hochtechnologische Fähigkeitsentwicklung in den Bereichen Avionik und Sensorik. Nur damit kann Deutschland auch eine wirkungsvolle technologische Brücke zu FCAS bilden. Dies entspricht ebenfalls den Vorstellungen der Luftwaffe einer evolutionären Entwicklung.

Ein weiterer wichtiger Sektor innerhalb der Domäne Luft sind die Unbemannten Luftfahrzeuge (Unmanned Aerial Vehicles, UAV). Den realpolitischen militärischen Entwicklungen kann sich die Bundeswehr nicht verschließen, dem muss auch die Politik Rechnung tragen. Die technologischen und industriellen Fähigkeiten der deutschen SVI sollten daher gefördert und genutzt werden.

Nationale und europäische Rüstungsprojekte sind für den Hochtechnologiestandort Deutschland entscheidende Impulsgeber. Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Wirtschaftlichkeit sind wesentliche Grundlagen, um die von Deutschland angestrebte Rolle in der europäischen SVI zu erreichen.

Sonderfolge International: Gegen Meloni und Militärausgaben! Schulbesetzung in Italien

Im April 2026 besetzen Schülerinnen und Schüler des Liceo Minghetti in Bologna, Italien ihre Schule.

Aus Protest gegen die Regierung Meloni, aus Protest gegen immer mehr Militärausgaben, während Schulen zerfallen. Sie wehren sich gegen den Schulkäfig. Die FDJ hat daraufhin einen Aufkleber herausgegeben, mit einem Foto der Besetzung auf der einen Seite und einem Foto der neu stationierten Bundeswehr–Brigade in Litauen und dem Text: Lieber besetzen wir unsere Schulen, statt andere Länder! Wir waren auf dem Sommercamp der Studentenorganisation Cambiare Rotta und der Schülerorganisationen OSA in Italien. So kam der Aufkleber zurück zu den Schülerinnen vom Minghetti. Und wir kamen ins Gespräch. Wir haben mit drei GenossInnen über ihre Erfahrungen bei der Besetzung ihrer Schule gesprochen.

„ Also ich weiß nicht wie das in Deutschland abläuft, aber in Italien gibt es eine Schulversammlung, bei der alle Schüler*innen bezüglich einer Schulbesetzung abstimmen können“

Als Sticker bei uns erhältlich!

*„ Also es gab verschiedene Gründe für die Besetzung. Erstmal richtete sie sich gegen die Regierung von Ministerpräsidentin Meloni. Obwohl Minghetti eine Schule im Zentrum Bolognas ist, wo die Schüler*innen überwiegend der Mittel- oder Oberschicht angehören, gibt es anderorts viele Schulen, die verfallen, wo die Dächer marode sind und die Heizungen nicht funktionieren. Und dabei fließt das Geld, welches für diese Schulen nötig wäre, in Waffen für Israel um den Genozid in Palästina weiterführen zu können.“*

*„ An der Versammlung vor der Besetzung haben 400 bis 500 Schüler*innen teilgenommen und haben fast einstimmig für die Besetzung gestimmt. Das war also der Beschluss, dass die Schule jetzt besetzt ist. Daraufhin sind wir zum Rektor gegangen und haben die Verhandlungen aufgenommen, um den Unterricht anzuhalten und die Schlüssel zur Schule zu erhalten. Diese waren erfolgreich und die Schule war besetzt. “*

Alles Zitate aus einem Interview mit Schüler*innen aus der kürzlich besetzten Schule in Bologna, Italien

Wie so eine Besetzung insgesamt abläuft und was euch die Schüler*innen direkt noch sagen wollen, könnt ihr in der neuesten Folge von unserem Podcast “Funken Schlagen!” hören:

Also was sagst du? Wie läuft das so in Deutschland ab?

Wir alle wissen, dass nichts läuft. Und wir meinen dass muss sich ändern:
Die Schüler in Italien besetzen ihre Schulen, weil sie nicht damit einverstanden sind, was ihre herrschende Klasse für sie an „Bildung“ bereithält – gerade nur so viel zu lernen, wie sie brauchen, dass wir in ihrem System funktionieren, so wenig, dass weiterhin der Stahlhelm auf den Kopf passt –, statt einer allumfassenden Bildung, dass wir für die tatsächlichen Fragen und Probleme der Menschheit gewappnet würden.

Weil sie nicht damit einverstanden sind, dass der gesamten arbeitenden Klasse alle Rechte weggenommen, die Kassen für Gesundheit, Bildung & Soziales geraubt werden, um den Zwang für den Krieg herzustellen und ihn finanzieren zu können.

Wer auch nicht damit einverstanden ist, seine Arbeit herzugeben für den Krieg der Reichen ist eine Koordination aus Hafenarbeitern – und ihren Gewerkschaften – aus verschiedenen Ländern wie Italien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Frankreich und weiteren. Sie sind die ersten, die die Kämpfe gegen Krieg und Militarisierung auch über Ländergrenzen in organisierten Aktionen und Streiks verbinden. Am 30. Oktober wird es den nächsten Hafenarbeiteraktionstag gegen den Krieg geben.

Egal ob wir Arbeiter oder Schüler sind, ob wir einen Hafen in unserer Stadt haben oder ‚nur’ alle anderen Bereiche, ob Autobauer oder Krankenhaus, die genauso umgerüstet werden sollen für den Krieg sollten wir uns auch für diesen Tag vornehmen:
Keine Stunde für den Krieg!

Weder Streiks noch Schulbesetzungen fallen vom Himmel. Organisierte größere oder kleinere Demonstrationen oder Aktionen schafft man aber auch zu zweit, zu 8 oder zu 60.

Wenn du auch mit all dem was passiert gerade nicht einverstanden bist, dann melde dich bei uns für die nächsten Aktionen!

@freie_deutsche_jugend

Kontakt:
kontakt@fdj.de
www.fdj.de
Instagram

V.i.S.d.P.: T. Schmidt, c/o FDJ Zentralrat, Jonasstr. 29, Berlin